

LANDKREIS BÖBLINGEN



Kreistagsfraktion die Grünen



**Stellungnahme zum Haushalt 2011
des Landkreises Böblingen**

Böblingen, den 22.11.2010

Roland Mundle

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrter Herr Dittmar,
verehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,
geehrte Damen und Herren der Kreisverwaltung und der Presse, liebe Gäste!

Der Kreishaushalt 2011 befindet sich in einem finanzpolitischen Dilemma. In finanziell schwierigen Zeiten fordern die Städte und Gemeinden angesichts geringerer Steuereinnahmen, aus nachvollziehbaren Gründen, eine Reduzierung der Kreisumlage. Andererseits ist der stetige Weg einer weiteren Neuverschuldung mit erheblichen Problemen behaftet, da er den Handlungsspielraum von künftigen Generationen stark einschränkt. Wenn die Kommunen in unserem Staat handlungsunfähig werden, bedroht das unsere Demokratie an der Basis.

Trotz des bisher höchsten Gewerbesteueraufkommens in den Jahren 2007 bis 2009 haben wir Schwierigkeiten den Kreishaushalt zu finanzieren. Ob das von Herrn Landrat Bernhard skizzierte Gesamtniveau des Gewerbesteueraufkommens zwischen 390 – 450 Mio. € für die nächsten Jahre erreicht werden kann, ist fraglich.

Wenn wir uns die zu erwartenden Zahlen der nächsten Jahre anschauen, werden diese Jahre den Gemeinden keine Entlastung bringen. Erst recht nicht bei denen, die heute schon nur mit höchster Not einen genehmigungsfähigen Haushalt aufstellen können.

Hier hilft auf Dauer, wie am Wochenende auf dem Bundesparteitag der Grünen beschlossen, nur eine Änderung der Finanzierungsmöglichkeit der Gemeinden. Für deren Aufgaben und Ausgaben gilt das Gleiche wie für den Kreishaushalt. Die Kreistagsfraktion der Grünen fordert eine solide Finanzausstattung der

Vorsitzender

Roland Mundle
Höhenstr. 20
71069 Sindelfingen
☎ 07031/674874
☎ 07031/675062
☎ 01728111185
rolandmundle@aol.com

Stellvertreter

Jens Uwe Renz
Böblinger Straße 22
71088 Holzgerlingen
☎ 07031/266393
☎ 01773296452
juwer@gmx.de

Bankverbindung

Kennwort Kreistagsfraktion
Konto Nr. 1716197
KSK Böblingen
BLZ 603 501 30

Kommunen. Um die Investitionsrückstände aufzuholen und soziale und kulturelle Aufgaben der kommunalen Ebene zu finanzieren und um ihre Zukunftsfähigkeit zu sichern, benötigen wir nicht nur eine ausgebauten Gewerbesteuer für die Städte und Gemeinden, sondern die strikte Einhaltung des Grundsatzes der Konnexität. Dem steht das Sparpaket des Bundes entgegen. Dieses sieht vor, dass Arbeitslosengeld-II-Bezieher keine Zuschüsse zur Rentenversicherung mehr erhalten. Damit wird die Einsparung im Bundeshaushalt von heute zur Belastung der Kommunen von morgen, da diese die Grundsicherung tragen. Hinzu kommt die Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldbezieher einschließlich des Kinderwohngeldes. Allein die Streichung des Kinderwohngeldes wird die Kreise und Gemeinden 120 Mio. € kosten.

Wir möchten uns an dieser Stelle ausdrücklich beim Landrat und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes für deren ernsthafte Bemühungen zu Einsparungen bedanken und Sie ermutigen dies auch weiterhin so zu handhaben.

Die Verwaltung hat es in ihrem Vorschlag schon geschafft den Anstieg des Hebesatzes auf 40,9%, statt nahezu 43% zu begrenzen. Dank einiger positiver Entwicklungen wie:

- Erwarteter höherer Zuweisungen des Landes
- Einer geringeren Umlage Region Verband Stuttgart
- Der möglichen Streckung von Zuschüssen

sind wir der Ansicht, dass man den Hebesatz auf 39,9 % senken kann um den Gemeinden entgegenzukommen. Damit bewegen wir uns allerdings bis zur Grenze, zu der verantwortliche und zukunftsfähige Haushaltspolitik gehen kann.

Was wir und auch der Verband Region Stuttgart hier tun, nämlich seine Umlagezahler zu entlasten, sollte Vorbild für weitere Körperschaften sein. Auch der Neckarelektrizitätsverband würde gut daran tun, wenn er den Landkreisen bzw. deren Städten und Gemeinden zumindest einen Teil des Vermögens ausschütten würde. Schätzungen jüngerer Datums beziffern das Vermögen des Neckarelektrizitätsverbands auf über 174 Mio. €. Für die kommunalen Haushalte wäre es gut, der Neckarelektrizitätsverband würde einen Teil des angesammelten Vermögens den Gemeinden auszahlen.

Wir stellen daher den Antrag, dass Mitgliedskommunen die Möglichkeit erhalten, zum Zeitpunkt der Gründung einer Netz KG aus dem Zweckverband unter Ausschüttung ihres Vermögensanteils auszusteigen. Wir wollen ferner den Landrat beauftragen, sich für die Voll- oder Teilausschüttung des Vermögens an die Mitglieder einzusetzen.

Wir honorieren die Einsparbemühungen im Bereich Personalkosten, sehen hier jedoch ganz klar, dass die Grenzen erreicht sind. In manchen Bereichen werden

schon Klagen laut, dass die Landratsamtsverwaltung ihren Aufgaben nicht zeitnah genug nachkommt. Diese Schraube darf also nicht überdreht werden.

In diesem Haushalt wird der Kostenansatz im Bereich Gebäudebewirtschaftung stark reduziert. Dies ist sicher den erfolgreichen Konjunkturprogramm Paketen des vergangenen Jahres geschuldet, ebenso wie fehlenden Personalressourcen, ohne die in diesem Bereich nicht mehr zu leisten ist. Mit Sorge sehen wir die hohen Energiekosten für die Liegenschaften, die nur bei entsprechender Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen an den Gebäuden und technischen Anlagen der Gebäude nachhaltig reduziert werden können. Hier fordern wir die Verwaltung in **unserem Antrag** auf, neue Modelle zur kostensparenden, schnellen Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen zu erarbeiten.

Nur so können wir unserer Verpflichtung zur Reduzierung der Treibhausgase nachkommen. Wenn wir den Anstieg der globalen Temperatur um mehr als 2°C verhindern wollen, dann muss der Ausstoß von Klimagasen in Deutschland um mindestens 40 Prozent bis 2020 und um 95 Prozent bis 2050 gesenkt werden. Unser gemeinsames Ziel können wir nur erreichen, wenn wir heute Ernst machen mit Energieeinsparung, einer höheren Energieeffizienz und dem Ausbau der erneuerbaren Energien in allen Sektoren.

Unsere Fraktion steht geschlossen hinter dem Vorhaben der Verwaltung sich für die **Option** als zugelassener Träger zu bewerben und die Aufgaben des SGB II in eigener Verantwortung wahrzunehmen. Wir sehen in der Option deutlich mehr Chancen als Risiken. Uns ist es wichtig, dass vor Ort unter Kenntnis der lokalen Rahmenbedingungen über die erforderlichen Maßnahmen entschieden werden kann. Für eine erfolgreiche Arbeit ist es aus unserer Sicht unabdingbar, dass die Mitarbeiter kontinuierlich und nachhaltig arbeiten können, was bei Mitarbeitern mit Zeitverträgen - die Bundesagentur hatte im letzten Jahr eine Fluktuation von 16%! - nachvollziehbar nicht möglich ist.

Die verfassungsrechtliche Verankerung der Zusagen birgt die Gewähr dafür, dass der Bund diese einhalten wird. Zumal alle aufgezeigten Risiken auch bei der Alternative der gemeinsamen Einrichtung zum Tragen kommen, wir würden uns freuen, wenn doch noch Bewegung in die Reihen der Freien Wähler käme und die notwendige Zweidrittelmehrheit zustande kommt. Auch bei Beibehaltung des Jobcenters müsste man vor Ort die Härtefälle abfangen. Wir danken Herrn Schmid an dieser Stelle besonders für die sehr gute und umfangreiche fachliche Analyse und Aufbereitung der Materie. Wir konnten damit zu einer fundierten Entscheidung kommen. Wir gehen davon aus, dass unser Landkreis große Chancen hat den Zuschlag zu bekommen.

Im Bereich der **Sonderschulen** bleibt uns weiterhin eine sehr große Verantwortung. Aber wir meinen dennoch: **Inklusion muss Schule machen**, das heißt: So viel inklusiver Unterricht wie möglich, aber auch so viel Sonderschule wie nötig! In vielen integrativen Schulentwicklungsprojekten wird ge-

zeigt, dass alle Schülerinnen und Schüler davon profitieren. Allerdings muss hier das Land seinen entsprechenden Beitrag leisten, die richtigen Rahmenbedingungen schaffen und ausreichend Lehrerstellen zur Verfügung stellen.

Wir beantragen, dass der Landkreis Böblingen im kommenden Jahr eine Initiative zum gemeinsamen Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern und Jugendlichen in Kindergärten, Kindertageseinrichtungen und Schulen im Landkreis startet. Unter dem Titel „Inklusion im Landkreis Böblingen“ wollen wir, dass der Landkreis Böblingen mit dem Land Baden-Württemberg ein gemeinsames und abgestimmtes Vorgehen zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte behinderter Kinder vereinbart.

Dieser Antrag hindert uns nicht daran das Um- und Neubauprojekt Käthe-Kollwitz-Schule zu befürworten. Erstens besteht dort schon seit Jahren starker Bedarf, es wird also nur der tatsächlich momentan bereits vorhandenen Situation Rechnung getragen. Zweitens können wir dem Sozialbericht entnehmen, dass die Zahl der gehandikapteten Personen stetig zunimmt. Drittens wird auch das Thema Inklusion nur Schritt für Schritt vorankommen. Wir sehen hier also noch für viele Jahre den Bedarf dieser Schule. Dennoch sollte bei der Planung der Gebäude darauf geachtet werden, dass ggf. auch Nutzungsänderungen ohne Zusatzkosten möglich sind.

Die Gebühr für die Eheschließung beträgt bei den Standesämtern generell 40 €. Hingegen sind die Gebühren für das Eingehen einer „Eingetragenen Lebenspartnerschaft“ (Verpartnerung) nicht einheitlich geregelt. Die Verpartnerung wird in Baden-Württemberg als einzigem Bundesland nicht auf den Standesämtern der Kommunen, sondern bei den Landkreisen durchgeführt. Diese verwaltungstechnisch nicht nachvollziehbare Regelung hat die Landesregierung Baden-Württemberg im Rahmen einer Länderöffnungsklausel des entsprechenden Bundesgesetzes durchgesetzt. Die Tatsache, dass die Standesämter für gleichgeschlechtliche Paare verschlossen bleiben, wird als diskriminierend empfunden.

Einfluss haben wir auf die Höhe der Gebühren. Wir fordern in unserem **Antrag** eine Änderung der Gebührenhöhe in unserem Landkreis. Es ist nicht akzeptabel, wenn die Gebühren für eine Verpartnerung mehr als das doppelte betragen, wie für eine Eheschließung.

Der Klinikverbund Südwest hat sich seit seiner Gründung sehr gut entwickelt. Aber auch hier dürfen wir uns auf unseren Lorbeeren nicht ausruhen. Es warten neue Aufgaben und Schwierigkeiten auf die Kliniken und die gilt es zu meistern. Die unvorhersehbaren Entwicklungen im Gesundheitswesen und auch im Tarifwesen stehen einem weiteren Ausbau der Kliniken, massiven Investitionen und einer Erweiterung der Leistungen gegenüber.

Die Kliniken Sindelfingen-Böblingen haben ihre Erlöse 2009 allein bei den Krankenhausleistungen im letzten Jahr um 5,6 % steigern können. Dies ist in der

momentanen Situation als sehr gut zu betrachten. Diese Steigerungen waren auch nötig um die Tarifierhöhungen auszugleichen.

Bei den Krankenhäusern in Leonberg und Herrenberg sieht es nicht ganz so positiv aus. Hier gab es zwar auch einen leichten Anstieg der Erlöse, die Fall-schwere jedoch hat abgenommen. Das bedeutet, dass die schwerer erkrankten Patienten teilweise in andere Krankenhäuser abwandern. Hier gilt es für die Zukunft ein noch besseres Verhältnis zu den einweisenden niedergelassenen Ärzten herzustellen. Die Krankenhäuser in Leonberg und Herrenberg bieten sehr gute medizinische Versorgung! Darüber müssen wir informieren, damit wir auch in Zukunft leistungsfähige Krankenhäuser an den Kreisrändern haben.

Ich danke dem Geschäftsführer Herrn Dr. Weiss und der gesamten Belegschaft des Klinikverbundes Südwest für ihr Engagement.

Wir begrüßen ausdrücklich die Änderungen bezüglich der **längeren Öffnungszeiten der Wertstoffhöfe** an Samstagen, unsere Fraktion steht voll hinter dem Konzept der Wertstoffhöfe und hatte in den letzten Jahren immer wieder den Antrag auf Verlängerung der Öffnungszeiten gestellt. Weiterhin begrüßen wir die geplanten Maßnahmen für eine höhere Transparenz, sowohl im Bereich der Kennzeichnung auf den Wertstoffhöfen, als auch in der Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger darüber, was mit diesen Wertstoffen passiert. Dies führt zu einer weiteren Sensibilisierung und fördert das Verhalten, die Wertstoffe zum Wertstoffhof zu bringen. Zusätzlich empfehlen wir eine Neuauflage der früheren sehr guten Kampagnen des Landkreises zur Aufklärung im Bereich der Vermeidung von **Verpackungsmüll**.

Zur Einführung einer **nutzerfinanzierten Wertstofftonne** gibt es in unserer Fraktion unterschiedliche Positionen.

Dagegen spricht:

- Zum Zeitpunkt der Einführung handelt es sich um keine wirkliche Wertstofftonne, da Leichtverpackungen, Glas und Dosen nicht in die Tonne geworfen werden dürfen.
- Außerdem benötigen die Bürgerinnen und Bürger Platz für eine weitere Tonne.
- Es besteht die Gefahr der illegalen, jedoch kostengünstigeren Entsorgung von Hausmüll über die Wertstofftonne.
- Die vereinfachte Entsorgung fördert nicht unbedingt eine Vermeidung und die Gebühren für alle werden steigen.

Dafür spricht:

- Menschen, denen es bisher nicht möglich war zum Wertstoffhof zu gehen, können nun ebenfalls ihre Wertstoffe dem Materialkreislauf zuführen und somit ihre graue Tonne entlasten.

- Der Kreis kann ein Rosinenpicken durch eigenes frühzeitiges Handeln verhindern, was langfristig einen Anstieg der Müllgebühren anhand fehlender Einnahmen vermeidet.
- Die Einführung haben wir nun zeitlich näher an die zu erwartende Änderung des Kreislaufabfallgesetzes gerückt, somit werden nicht schon in 2011 Zusatzkosten für alle Bürger fällig.
- Es wird erwartet, dass das neue Gesetz eine Wertstofftonne vorsieht und sich somit die Beschränkungen bezüglich der darin erfassbaren Stoffe deutlich ändern.

Unser klares Bekenntnis zum Konzept der Wertstoffhöfe bleibt auch mit der kostenpflichtigen Wertstofftonne bestehen.

Beim **Öffentlichen Nahverkehr** hoffen wir, dass wir bei der nächsten Haushaltsrede den Eröffnungstermin der **S60** kennen. Hier dürfen keine weiteren Verzögerungen entstehen. Wir appellieren an alle Verantwortlichen das Projekt noch in 2011 abzuschließen, dies ist nicht nur aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen zu wünschen. Der Landkreis wächst besser zusammen. Die künftigen Nutzerinnen und Nutzer werden es ihnen danken.

Bei der **Schönbuchbahn** freuen wir uns über eine Erfolgsgeschichte. Dabei stößt mit 8000 Personen pro Werktag die Bahn an ihre bisherige Kapazitätsgrenze. Nach der geplanten Elektrifizierung und Taktverbesserung, sowie der Fahrtzeitverkürzung gibt es hier gar eine Prognose für 2020 von 10.000 Personen pro Werktag. Wichtig ist uns dabei, dass eine höhere Zuteilung der Einnahmen durch die Region erreicht wird. Eine Steigerung der Fahrgastkapazität muss dabei unbedingt im Blick sein.

Das **Schienenprojekt** zwischen **Calw und Weil der Stadt** hat unsere volle Unterstützung. Wir wollen, dass hier so schnell wie möglich Nägel mit Köpfen gemacht werden und der Zweckverband gegründet wird, damit die notwendigen Fördermittel beantragt werden können. Hier ist es uns wichtig, dass von Beginn an eine umsteigefreie Verbindung nach Stuttgart entsteht. Dann könnte dies eine ebenso große Erfolgsgeschichte wie bei der Schönbuchbahn werden. Aus unserer Sicht ist hier jeder Euro gut angelegtes Geld - auf Generationen hinaus. Diese Verbindung ermöglicht nicht nur den Gemeinden im Kreis Calw eine bessere Anbindung an die Schul-, Ausbildungs- und Arbeitsplätze, sondern auch allen Menschen, die am Verkehrsverbund Region Stuttgart angeschlossen sind, eine ökologische, bequeme und schnelle Anbindung in den Naherholungsraum Schwarzwald.

Stuttgart 21 bewegt das ganze Land. Noch nie waren im Ländle so viele Menschen auf den Beinen um ihren Protest gegen ein aus ihrer Sicht nicht verantwortbares Großprojekt zum Ausdruck zu bringen. Dieser Protest

kanalisiert zusätzlich die Unzufriedenheit mit einer Politik von oben herab, die Menschen wollen heutzutage stärker beteiligt werden. Wir Grünen stehen für eine stärkere Bürgerbeteiligung.

Selbst die Projektbefürworter sehen, dass hier doch schwerwiegende Fehler im Bereich der Information und Beteiligung gemacht wurden. Außerdem liegt eine viel zu große Zeitspanne zwischen Beschluss und Umsetzung dieses Projektes. Dieses war zwischenzeitlich ja schon mal politisch vom Tisch. Die vermeintlichen Nachteile eines Kopfbahnhofes sind mit der Triebwagentechnologie im Wesentlichen beseitigt.

Verkehrspolitisch bringt uns dieses Projekt nicht voran, es ist vor allem ein Immobilienprojekt. Für den Kreis Böblingen sind keine Vorteile durch Stuttgart 21 zu erkennen, die die Mitfinanzierung über die klammen Kassen unserer Gemeinden rechtfertigen. Zumindest die Deckelung der Kosten für den Kreis hatten wir ja bereits im letzten Jahr in einem Antrag gefordert. In jedem Fall muss sichergestellt werden, dass die sogenannte Gäubahntrasse aufrechterhalten bleibt.

Wir begrüßen es, dass wir die Ära des ungezügelten Straßenneubaus verlassen, sehen jedoch, dass auch die Erhaltung der bestehenden Straßen ganz erhebliche Kosten nach sich zieht. Daher raten wir davon ab, dem Ansinnen des Landes zu folgen und Landesstraßen zu Kreisstraßen herabzustufen. Dies scheint zwar auf den ersten Blick für den Landkreis finanziell lukrativ zu sein, würde jedoch auf Generationen hinaus den sowieso schon zu hohen Kreishaushalt belasten.

Wir hoffen, dass bald Bewegung in das Projekt **Deckel** über der **A81** zwischen Böblingen und Sindelfingen kommt, nur mit dessen Realisierung konnten wir dem Ausbau der A81 zustimmen. Hier wünschen wir uns, dass die sehr rege und kompetente Bürgerinitiative Leise A81 weiterhin stark in die Gestaltungsprozesse eingebunden wird. Dort hat sich viel Sachverstand gebündelt und es wurden sehr pfiffige Ideen zur Nutzensteigerung bei gleicher Höhe der Mittel entwickelt. Bei Stuttgart 21 hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, die Bürgerinnen und Bürger bei Großprojekten mitzunehmen und ihnen eine echte Beteiligung zu ermöglichen. Schließlich müssen sie mit den Folgen leben.

Für die **Straßenmeisterei** wurde ein neuer, verkehrstechnisch besserer Standort in Magstadt gefunden. Wir erwarten, dass unsere ökologischen Befürchtungen gegenüber diesem Standort auch langfristig widerlegt bleiben. Allerdings sehen wir noch ein Problem bei der Finanzierung dieses Vorhabens.

Ein weiteres angestrebtes Projekt ist die **Aufstockung des Gebäudes D** des Landratsamtes, hier könnte die Finanzierung zwar über den Abfallwirtschaftsbetrieb erfolgen. Es ergeben sich für den Kreis jedoch auch bleibende Zusatzkosten bezogen auf die Sanierung, Instandhaltung und Bewirtschaftung. Da diese Investition im Wesentlichen der Unterbringung des Schulamtes dient,

sehen wir hierin eigentlich eine voreilige freiwillige Übernahme von Aufgaben des Landes. Wir halten es auch für unwahrscheinlich, dass die gesamten Investitionskosten in einem Mietpreis für eine Laufzeit von 10 Jahren wieder refinanziert werden können.

Wir haben im letzten Jahr den Landrat und die Kreisverwaltung aufgefordert, Leitlinien für den Landkreis Böblingen im neu gebildeten **Zukunftskreis 2020** zu entwerfen, mit denen wir unter veränderten Rahmenbedingungen für Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für Unternehmen die Zukunft besser gestalten können. Wir wollen die gemachten ersten Schritte ausdrücklich würdigen. Wir unterstützen es, dass hier aktiv Strategien für die Zukunft als Antwort auf den demografischen und strukturellen Wandel entwickelt werden. Dabei werden wir weiter konstruktiv mitarbeiten.

Wir meinen, dass der Kreis hier allerdings mehr Augenmerk auf Gleichstellungspolitik legen muss. Hier haben wir großen Nachholbedarf. Deshalb begrüßen wir es ausdrücklich, dass die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten zeitnah wieder besetzt und eine Stabsstelle bleiben wird.

Schlussbetrachtung

Gestalten statt nur Verwalten!

Die Städte und Gemeinden sind der zentrale Ort der Daseinsvorsorge: von Bildung, Kultur über Gesundheitsversorgung und den Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln bis zur Müllabfuhr. Öffentliche Infrastrukturen und ein funktionierender Sozialstaat sind aber nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit und der demokratischen Teilhabe, sondern Voraussetzung und Bestandteil erfolgreichen Wirtschaftens. Die Anforderungen an eine bürgernahe, effektive und kostengünstige Daseinsvorsorge entwickeln sich ständig weiter: So ist auch eine lückenlose Breitbandversorgung wesentlicher Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge – in der Wissensgesellschaft eine wichtige Voraussetzung für Teilhabegerechtigkeit.

Kommunen müssen selbst entscheiden können, ob sie ihre Leistungen selbst erbringen oder an private Anbieter vergeben wollen, die politische Steuerungsfähigkeit und demokratische Kontrolle vor Ort müssen in jedem Fall gegeben sein. Die Stadt- und Gemeinderäte müssen ihre demokratische Kontrolle ausüben und für die Bürgerinnen und Bürger transparente Entscheidungen treffen können. Wir Grüne stehen für eine nachhaltige Änderung der Finanzierungsmöglichkeit der Gemeinden, die allen kommunalen Ebenen wieder Handlungsspielraum schafft. Denn Demokratie braucht starke Kommunen!

Wir bedanken uns bei Ihnen, Herr Landrat, bei Ihnen, Herr Dittmar, und bei all' den Damen und Herren der Kreisverwaltung für die stets freundliche und offene Zusammenarbeit.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

Für die Kreistagsfraktion

Roland Mundle
Fraktionsvorsitzender

Anlage : Antrag Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum NEV KT 22.11.10

Antrag 1 Antrag im Rahmen der Satzungsänderung NEV

Anlage: Anträge Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2011

Antrag 1 Klimaschutz im Landkreis Böblingen

Antrag 2 Initiative zum gemeinsamen Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern und Jugendlichen in Kindergärten, Kindertageseinrichtungen und Schulen im Landkreis Böblingen – „Inklusion im Landkreis Böblingen“

Antrag 3 Gebühren für Verpartnerung

Antrag 4 Keine Lebensmittel aus gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in kreiseigenen Einrichtungen